

Rede des Bundesgesundheitsministers vor dem Ärztetag

„Ärzte brauchen eine Kultur des Vertrauens“

Am Tag 19 von Daniel Bahr als Bundesgesundheitsminister fand sein erster großer Auftritt vor den Ärzten statt. Bahr versprach vor allem eines: Kontinuität nach Philipp Rösler. Dessen Vertrauen in den verantwortlichen Umgang mit Freiheit – vor allem durch die Ärzte – solle das Paradigma der Gesundheitspolitik bleiben.

— Als erstes stattete Bahr im Namen der Bundesregierung Dank bei den Ärzten ab: für ihren Einsatz gegen die aktuelle EHEC-Epidemie. Vom Dank und von Komplimenten leitete Bahr über zur Gesundheitspolitik und verwies auf erste Erfolge im Sinne der Ärzte. So habe es die Vertragsärzte lange Zeit geärgert, dass mehr Geld für Arzneien als für Arzthonorare ausgegeben werde; durch das AMNOG sei es gelungen, die Arzneiausgaben auf den dritten Platz zu verweisen. Nach Krankenhäusern stünden die Vertragsärzte wieder an zweiter Stelle, so Bahr.

Das Gesundheitswesen ist der größte Jobmotor

Bahr verspricht Kontinuität. Seinem Vorgänger Philipp Rösler habe er auf den Weg gegeben, daran zu denken, dass das Gesundheitswesen mit 4,3 Millionen Beschäftigten der größte Arbeitgeber sei, ein Stabilitätsanker und Jobmotor. „Das braucht Perspektiven für Wachstum und Innovation.“

Einen möglichen Ärztemangel sah Bahr relativ: „Um die Menschen in Hamburg und München müssen wir uns nicht sorgen, wohl aber in ländlichen Regionen“. Das werde weder mit Zwang noch mit Detailplanung zu schaffen sein. Ferner seien die Möglichkeiten der Gesundheitspolitik begrenzt. Die wichtigsten Kriterien für die Standortwahl junger Ärzte seien Arbeitsmöglichkeiten für den Ehepartner, gute Kinderbetreuung und das kulturelle Angebot – erst dann

folge eine leistungsgerechte Vergütung.

Die Gesundheitspolitik stehe vor der Herausforderung, die demografische Entwicklung zu bewältigen. Dazu müssten sich Ärzte auf ihre Profession konzentrieren können und von Bürokratie entlastet werden. Dokumentation und Bürokratie müssten dabei als Arbeitsmedien unter anderem zur Qualitätssicherung verstanden werden. Ein weiteres Ziel sei die



© dpa

Überwindung der Sektorengrenzen im Gesundheitswesen. Aus getrennten Behandlungspfaden solle eine gemeinsame sektorenübergreifende Versorgung von Patienten mit schwierigen Krankheiten organisiert werden können.

HELMUT LASCHET ■

Palliativmedizin

Dieses Angebot muss für alle verfügbar sein

Einen Ausbau der palliativmedizinischen Versorgungsstrukturen haben die Delegierten des Ärztetages gefordert. Damit sandten sie einen Appell an die Kassen, verstärkt Verträge zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung abzuschließen.

— Professor Friedemann Nauck, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, forderte, dass Palliativmedizin für jeden Patienten in Deutschland verfügbar sein müsse. Dabei solle es egal sein, ob die Versorgung beim Patienten zu Hause, in der Klinik oder im Pflegeheim stattfindet. Außerdem solle

der Fokus über Patienten mit onkologischen Erkrankungen hinaus auf Patienten mit neurologischen oder kardialen Krankheiten ausgeweitet werden.

Die Hausärztin Dr. Elisabeth Albrecht forderte, dass mehr Ärzte Grundwissen über Palliativmedizin erwerben sollten. „Es ist für mich die intensivste Arbeit für meine langjährigen Patienten“, sagte Albrecht.

Allerdings stehe auch die Finanzierung der Allgemeinen Ambulanten Palliativversorgung (AAPV) auf wackeligen Füßen: Die GOÄ kennt keine Palliativversorgung, in der GKV ist sie gedeckelt.

BEE ■